

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 78 Mark

Nr. 43.

Berlin, Freitag, den 27. Oktober 1922.

49. Jahrg.

An unsere Postabonnenten!

Die Papierpreiserhöhungen zwingen uns, den Bezugspreis für „Die Ameise“ auf 78,— Mk. im Vierteljahr zu erhöhen. Der Preis gilt schon für Oktober, November und Dezember. Wir bitten unsere Postabonnenten, den Restbetrag von 72,— Mk. uns bis zum 1. Nov. auf das Postkontokonto 9308, Wilhelm Herden, Berlin, einzuzahlen. Wer die Einzahlung unterläßt, wird mit der Einstellung der Zusendung ab 15. November zu rechnen haben. Um die Zustellung des Blattes regelmäßig durchzuführen, wird um sofortige Regelung ersucht.
Redaktion und Verlag „Die Ameise“.

Steigende Arbeitsleistung,

höhere Arbeitsintensität beim Achtstundentag.

Nach der „Arbeitgeberzeitung“ hat Herr Dr. Carl Friedrich v. Siemens auf der diesjährigen demokratischen Wirtschaftstagung in Eisenach die These aufgestellt: Die deutsche Produktion erreicht heute keine 70 Proz. der Vorkriegsproduktion. Die Ursachen sind: 1. Die schematische unsinnige Durchführung des Achtstundentages. 2. Das Nachlassen der Arbeitsintensität infolge sozialistischer Mißbilligung und 3. Das Anwachsen der unproduktiven Arbeit infolge der staatlichen sozialistischen Eingriffe in die Wirtschaft.

In dem gleichen Sinne schreiben unternehmerfreundliche Tageszeitungen, Arbeitgeberfachzeitschriften und sonstige dienstbeflissene Blätter. Manche beziehen sich dabei auch auf sogenannte sozialistische Sachverständige. Die allgemeinen Behauptungen der Unternehmenseite über Produktionsminderung, Nachlassen der Arbeitsintensität und ähnliche, beziehen sich meist auf aufgebauerte Ausnahmefälle einzelner Industrien, deren Ursachen meist auf anderen Gebieten liegen und so verallgemeinert werden.

Diese Verallgemeinerungen treffen auf manche Industrien überhaupt nicht zu. Einen Beweis dafür bilden die Unternehmerzugeständnisse in der Porzellanindustrie. In ihrer Fachzeitschrift „Keramos“ gestehen sie endlich einmal ein, daß in der zur Verfügung stehenden achtstündigen Arbeitszeit mehr geleistet wird, als in der gleichen in Vorkriegs- und Kriegsverhältnissen, ja sogar daß sich die Arbeitsintensität gesteigert hat. Dieses wichtige Eingeständnis bezieht sich auf rund 80 000 Beschäftigte, darunter über 30 000 weibliche. Wir lassen die Ausführungen im „Keramos“ im Wortlaut folgen:

„Im großen und ganzen und besonders in der letzten Zeit hat sich die Arbeitsintensität gesteigert, so daß in der zur Verfügung stehenden Arbeitszeit mehr geleistet wird, wie in der gleichen in Vorkriegs- und Kriegsverhältnissen geleistet worden ist. Die Qualität der Arbeit läßt jedoch manches zu wünschen übrig, was am klarsten aus der vom Geschirrerverband geführten Monatsstatistik über Bruchanfall hervorgeht. So hat z. B. in der Zeit vom 5. 4. 1920 bis 15. 9. 1921, in welcher die Inlandspreise konstant gehalten werden konnten, ein Monat für Monat wachsender Wert für Bruchanlieferungen ergeben. Inzwischen ist in verschiedenen Fabriken nachdrücklicher versucht worden, auch die Qualität wieder zu heben. Jedoch dürften weder die alte Produktionsleistung noch die alte Güte der Arbeit in vollem Umfange sobald wieder erreicht werden. Das hat seine Ursache darin, daß das Verhältnis der Betriebsräume zu den Oefen auf eine zehn-

stündige Arbeitszeit abgestimmt war. Bei nur achtschündiger Arbeitszeit tritt deshalb die Erscheinung auf, daß entweder eine Reihe Oefen überhaupt nicht in Benutzung genommen werden kann, weil für sie keine Ware anfällt oder mit einer Beschleunigung gearbeitet werden muß, die dem Produkt nachteilig ist. So gab es z. B. im Bereich des Verbandes deutscher Porzellangeschirrfabrikanten im Juni 718 Oefen, von denen nur 601 in Betrieb kamen. Auch in den Monaten, in denen ausländische Kohle noch billig zu haben war, wie im Januar, kamen von 639 Oefen nur 524 in Betrieb. (Im Januar handelte es sich um 98 Fabriken und im Juni um 103.) Man wird richtig schätzen, wenn man 50 Proz. des nicht benutzten Ofenraumes der mangelhaften Kohlenversorgung zur Last legt, 50 Proz. aber der oben charakterisierten Erscheinung, daß für diese Oefen bei achtschündiger Arbeitszeit die übrigen Betriebseinrichtungen nicht reichen. Das ist der Grund, weshalb viele Fabriken, anstatt neue Oefen zu bauen, die sonstigen Betriebseinrichtungen erweitert haben. Zuerst machte sich diese Erscheinung in der Massenuhle bemerkbar, die deshalb auch zuerst und zumeist erweitert wurde. Aber auch Dreherei und Gießerei verlangen bedeutende Erweiterungen, wenn die Zahl der vorhandenen Oefen bei der beschränkten Arbeitszeit voll ausgenutzt werden soll. Wer rechtzeitig diesen Uebelstand erkannt und die nötigen Erweiterungen vorgenommen hat, der wird in Zukunft seine Produktionsanlagen, wenn die Kohlenversorgung hinreichend ist, voll ausnutzen können. Wer sich heute noch nicht entsprechend eingerichtet hat, der dürfte bei der eingetretenen Kapitalnot und Geldknappheit die Umstellung sobald nicht finden können.“

Wir können die allgemeinen Zugeständnisse der Arbeitgeber auf Steigerung der Arbeitsintensität noch mit Einzelunterlagen erhärten. In der Fabrik in T. sind die Arbeitsleistungen seit 1914 in der 47- bis 48stündigen Arbeitszeit um 70 Proz. gestiegen. Dort bestehen nämlich noch die Friedensgrundpreise, mit denen in der 60stündigen Arbeitswoche rund 50 Mk. verdient wurden. Die Arbeitsleistung hat sich jetzt so gesteigert, daß die Beschäftigten unter den gleichen Verhältnissen bei nur 47stündiger Arbeitszeit 85 Mk. mit den feinerzeitigen Grundpreisen verdienen. Wie in diesem Betrieb, so steht es in vielen Betrieben von Bayern, Thüringen, Schlesien und Sachsen.

In dem Thüringer Betrieb Sch. zu S. wurden 1914 von dem Artikel 5756 in zehn Stunden 150 Stück angefertigt; jetzt werden in acht Stunden vom gleichen Arbeiter 300 Stück gemacht. Bei dem Artikel 7082 ist das Verhältnis 110 zu 200, bei 4910 Verhältnis 900 zu 1200, bei 5570 Verhältnis 900 zu 1200, bei 4979 Verhältnis 1200 zu 2000, bei 6573 Verhältnis 1200 zu 1500, bei 7203 Verhältnis 350 zu 550, bei 7413 Verhältnis 400 zu 600, bei 8207 Verhältnis 250 zu 400 usw. Aus dem elektrotechnischen Betrieb zu R. in Thüringen ergeben sich beim Isolator 85 in zehnstündiger Arbeitszeit 1240 Stück die Woche, jetzt 1810, bei Durchführung 241: 565 zu 830, bei 230: 300 zu 580, bei Stützen 675: 300 zu 480, bei 676: 150 zu 230 usw. Die Beispiele ließen sich um viele Zahlen vermehren. Wir nehmen jedoch an, daß die Beweise genügen, um zu zeigen, daß sich die Arbeitsleistung nicht nur bei gleichbleibender Stundenzahl vermehrt hat, sondern in vielen Fällen die der zehnstündigen Arbeitszeit noch übersteigt. Diese Feststellung spricht dafür, daß die Unternehmer

Mitalieder! Wahret Eure Rechte durch pünktliche Beitragszahlung!

In der Woche vom 23. bis 29. Oktober ist der 43. Beitrag fällig.

mit der achtstündigen Arbeitszeit sparsamer und billiger gegen früher wirtschaften.

Die Unternehmer wollen, wie die Ausführungen über die Zahl der benutzten Oefen beweisen sollen, diese Ursachen nicht so deutlich zum Ausdruck kommen lassen. Sie errechnen aus der niedrigen Ofenzahl eine Minderleistung der Arbeiter, allerdings mit der Einschränkung, daß von den gegen Friedenszeiten noch fehlenden 117 Oefen 50 Proz. dem Kohlenmangel zugerechnet werden müssen. Rund 68 ausgefallene Oefen werden nach der Berechnung in der Zeitschrift „Keramios“ dem Ausfall der Produktion zugeschrieben. Diese einfache und klar zutage tretende Annahme ist jedoch fehlerhaft. Die Rechnung könnte nur stimmen, wenn der Krubinhalt der Brennöfen in Ansatz gekommen wäre. Weil jedoch der ausfallende Krubiinhalt nicht in Anrechnung genommen wurde, behaupten wir, daß das Berechnungsbeispiel aus bestimmten Gründen nach der Ofenzahl und nicht nach dem Krubinhalt genommen wurde. Nach dem Krubinhalt der Oefen würde die Rechnung nämlich keinen Produktionsausfall ergeben, und zwar deshalb keinen, weil sich der Brennstoffkrubinhalt in der gesamten Porzellanindustrie vergrößert hat, also mehr Gegenstände in den berechneten 601 Oefen gebrannt wurden, als ehemals. Die Vergrößerung wurde durch Verringerung des Futters und Versenkung des Pflasters herbeigeführt. Sie war so erheblich, daß dadurch eine Anzahl Ströbe gefüllter Kapseln mehr hineingingen. Außerdem wurde bei wiederkehrenden gleichbleibenden Gegenständen das sogenannte Sparsapselssystem überall durchgeführt und damit eine bessere Ausnützung des Ofenraumes erzielt, wodurch ebenfalls mehr Gegenstände in einen Ofen hineingingen. Wir wissen zum Beispiel, daß in einem Betrieb, in dem früher sieben Brände in einer vierzehntägigen Lohnperiode gebrannt wurden, jetzt mit sechs Bränden fast die gleiche Geschirrmenge infolge der geschilderten Maßnahmen fertig wird. Dabei wurde sogar noch eine Ersparnis dadurch erzielt, daß durchschnittlich die Brenndauer um rund fünf Stunden infolge des Ablöseverfahrens der Brenner und ihrer umsichtigen Arbeit verkürzt werden konnte. Nur bei besonders auserlesenen Gegenständen kommt unter Umständen eine gleiche Brenndauer wie früher noch in Frage oder auch bei verletzter Sparsamkeit mit geringwertiger Kohle oder zu enges Stellen im Ofen. Dieses Verschulden trifft ganz allein die Unternehmer. Ebenso müssen sie sich den Vorwurf der Nachlässigkeit gefallen lassen, wenn sie nicht rechtzeitig Erweiterungsbauten vornehmen ließen und lieber die Profite in die eigene Tasche steckten oder ihren Aktionären in Dividenden zuschanzten.

In einem Teil von Betrieben der Porzellanindustrie wurden ja Erweiterungsbauten vorgenommen, vor allem bei den Massemühlen. Daraus geht gleichzeitig hervor, daß der Masseverbrauch sich vergrößert hat, also, wie wir behaupten, die Produktion eine Steigerung erfuhr. Aus den vorhergehenden Angaben über die Arbeitsleistungsermehrungen kann entnommen werden, daß unbedingt mehr als ehemals erzeugt werden muß.

Der Bruchanfall, der in dem erwähnten Bericht im „Keramios“ auf die Qualität der Arbeit zurückgeführt wird, hat seine Ursachen in der schlechteren Beschaffenheit der Masse, der Glasur, ungenügender technischer Einrichtungen u. a. Verkehrte Sparsamkeit ist der beste Ausdruck dafür. Sie wird zu stark angewendet bei der Verwendung von zuviel inländischem Rohmaterial, wodurch die Verarbeitungstoffe an Geschmeidigkeit, Zähigkeit und die fertigen Gegenstände an Haltbarkeit verlieren. Die Ursachen der Qualitätsminderung den Beschäftigten zuzuschreiben, ist ein starkes Stück. Es zeigt allein schon, wie die dem Besessenen über die günstigen Wirkungen des Achtstundentages innerhalb der Porzellanindustrie angehängten Einschränkungen bewertet werden müssen.

Aus der Abhandlung kann entnommen werden, daß die Arbeitnehmer der Porzellanindustrie ihre Arbeitskraft voll ausschöpfen lassen. Sie tragen ihren vollen Beitrag zur deutschen Wirtschaft bei. Ob das die Unternehmer auch in dem vollen Maße getan haben, müssen wir bezweifeln. Der Achtstundentag hat sich in der Porzellanindustrie nicht durchgesetzt. Die unumstößlichen Beweise haben die Vorkämpfer durch ihre Arbeitsleistungen erbracht. Am Achtstundentag kann in unserer Industrie nicht mehr gerüttelt werden.

Die Teuerung.

von Paul Kampmeier.

Besonders lungenkäftig erweist sich heute im deutschen Volke eine politische Richtung, die alle unser Vaterland tief bewegenden Fragen verblüffend einfach löst: die deutschsozialistische bezw. die deutschsozialistische. Der Jude ist an der Auswucherung unserer breiten Massen schuld, er treibt ja die Preise für alle Nahrungs- und Bekleidungsmitel auf eine schwindelhafte Höhe, und er stellt dadurch

die wirtschaftliche Existenz ganzer Gesellschaftsklassen überhaupt in Frage. Mit einem Wort: Die heutige Verteuerung des Unterhalts ist auf das Sündenkonto des Judentums zu setzen. Wir nennen das eine sehr einfache „Lösung“ einer großen Lebensfrage des deutschen Volkes, wir müssen es besser und richtiger als eine einfältige „Lösung“ bezeichnen.

Jedem, der denkend die katastrophenreiche Geschichte des letzten Jahrzehnts durchzieht hat, muß es zum Bewußtsein gekommen sein, daß die schwere Leidensfolge des Volkes, die sich in der gewaltigen, den nationalen Wohlstand verwüstenden Teuerung ausdrückt, die Geschichte der großen wirtschaftlichen Umwälzungen ist, die sich an den mörderischen Weltkrieg knüpfen.

Der Weltkrieg hat ungeheure volkswirtschaftliche Werte zerstört. Milliarden von Mark sind in die Luft geschossen worden. Die Arbeit von Millionen von Frauen und Männern wurde auf den Wohlstand zerstörenden Krieg eingestellt. Das deutsche Volk wirtschaftete sich körperlich erschreckend herunter. Die Kurve der Todesfälle an Tuberkulose stieg im Weltkriege hoch hinauf. Diese Todesfälle wuchsen von 13,34 auf 10 000 Lebende im Jahre 1913 auf 22,83 im Jahre 1918 an. Der Mediziner Abdenhalden stellte nach dem Weltkrieg bei der Errichtung eines preußischen Wohlfahrtsministeriums fest, daß die Arbeitskraft der Arbeiter in manchen Gegenden auf etwa 50 Proz. reduziert war. „Es war mir sehr peinlich,“ so erklärte er, „daß eine neutrale Ärztekommission, bestehend aus Schweden, Norwegern und Holländern, in Oberschlesien feststellen mußte, daß dort die Arbeiter der Kohlenwerke derart unterernährt waren, daß eine volle Arbeitsleistung ganz unmöglich war.“

Die wertschaffende Arbeit des Volkes war also rapid im Weltkrieg herabgesunken, sie sprach sich in einer erschreckenden Verminderten Menge der Waren aus. Die Waren wurden selten und daher teuer.

Die Produktionsmittel der deutschen Wirtschaft befanden sich zum Teil in einer trostlosen Verfassung. Bereits im Jahre 1916 traten durch einen wahren Raubbau „große Verkehrsstörungen“ im preußischen Eisenbahnbetriebe ein. Am 23. Oktober 1917 gestand in einer Kommissionsitzung des preußischen Landtages der preußische Eisenbahnminister ein: „Die Betriebslage der Eisenbahn sei während des Krieges eine außerordentlich schwierige gewesen und sei gegenwärtig besonders schwierig.“ In Preußen unterdrückte die Regierung geistlich jeden wahrheitsgetreuen Bericht über die Verwüstung des Eisenbahnapparates und der Kohlenversorgung. Am 2. Oktober 1917 lief von der sozialdemokratischen Landtagsaktion in der Staatshaushaltskommission der Antrag ein, „die Berichterstattung an die Presse über unsere Kohlen- und Verkehrsverhältnisse freizugeben.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt, und die Zensur verbot strengstens jede Veröffentlichung von konkreten Angaben.

Die deutsche Finanzkraft erschöpfte dann Herr Helfferich durch die Ueberbeschäftigung der Notenspresse in geradezu unverantwortlicher, frivoler Weise. Er lehnte es ab, „aus Gründen des Gleichgewichts des Etats zu neuen Steuern zu greifen,“ und er betonte sechs Wochen nach Uebernahme des Schatzamtes, daß die Finanzierung des Krieges, also die Kriegskosten, so gut wie ausschließlich durch Noten- und Papiergeldausgabe aufgebracht werden sollten.

Der Weltkrieg hat also die deutsche Wirtschaft stark zerstückelt. Die gesunkene Kraft dieser Wirtschaft offenbarte einen Warenmangel auf fast allen lebenswichtigen Gebieten. Da kam der Versailler Vertrag: er nahm Deutschland das produktive Elsaß-Lothringen, er leitete das Eigentum der saarländischen Kohlengruben und Kohlenlager in die Hände Frankreichs, er schlangte den Polen im Osten landwirtschaftliche Gebiete zu, die große Teile des deutschen Volkes ernährt hatten. Deutschland verlor seine Kolonien, seine ausländischen Kapitalanlagen und mußte über sich die Konfiskation seiner leistungsfähigen Schiffe ergehen lassen. Zuletzt büßte Deutschland noch hochertragreiche Produktionsquellen in Oberschlesien ein.

Deutschland wurde überdies mit Reparationslasten überbürdet, die seine Volkswirtschaft weiter erdrücken mußten. Am 5. Oktober 1922 erklärte ein offizieller Wortführer der amerikanischen Regierung, daß die Vereinigten Staaten am Aufbau Europas erst mithelfen könnten, wenn ungefähr 60 Proz. der deutschen Reparationen preisgegeben würden. Auf dem Kongreß der Vereinigung amerikanischer Bankiers charakterisierte Mac Adams die Herabsetzung der Reparationsschuld als das einzige Mittel, um eine weitere Demoralisation der deutschen Industrie zu verhindern.

Die Grundursache der heutigen Teuerung ist also die ungeheure Herabsetzung der Produktionskraft der deutschen Arbeit, der Verlust großer produktiver Reichtumsquellen und die Erdrückung Deutschlands durch tatsächlich nicht zu erschwingende Reparationslasten.

Der Teuerung kann nur durch eine Politik der Produktionssteigerung erfolgreich gesteuert werden. Zur Steigerung der Produktion legten sich z. B. die frei organisierten Bergarbeiter Ueberschichten auf, und als „erstrebenswertes Ziel“ einer weitstichtigen Produktionspolitik bezeichnete Heinrich Vossler im „Vorwärts“ die Produktion im eigenen Lande so steigern, daß jede Kohleneinfuhr überflüssig ist.“

Dem Entschluß der Arbeiter, die Produktion im Interesse der Verbilligung der Lebenshaltung zu heben, stehen leider die selbstsuchtigen Bestrebungen der Kapitalmonopolisten entgegen, die die Früchte der Mehrarbeit des Proletariats nur in ihre Taschen fließen lassen wollen. Mit Recht sprach jüngst Dr. Ing. Martin Wagner den Grundsatz aus: „Wenn der Bergarbeiter Ueberschichten fährt, dann darf der Ertrag seiner Mehrarbeit nicht in die Tasche der Stinnes-Magnaten fließen, dann muß er der Verbesserung und Verbilligung der Produktion dienen. Und wenn das gesamte Volk Mehrarbeit leistet, dann nur im Interesse der Notleidenden, der Obdachlosen, der Hungernden, der dahinsiehenden Rentenempfänger, nicht aber für Schieber und Bucherer!“

Die deutsche Bergarbeiterchaft hat sich schon im Interesse der „armen Republik“ zu Mehrleistungen entschlossen. Die freien sozialistischen Gewerkschaften nahmen am 24. August 1922 bereits mit dem Reichskanzler Rücksprache, um einen Zusammenbruch der Gesamtwirtschaft zu verhindern. Der Staat hat jetzt die Verpflichtung, einen starken Druck auf die Unternehmerschaft auszuüben, damit ein großzügiger Wirtschaftsplan zur Steigerung der Produktion in dem Sinne zustande kommt: „Mehrarbeit nur für das Gemeinwohl.“

Selbst das Unternehmerblatt des Baugewerbes „Der Holzmarkt“ begreift jetzt, daß sich eine weitstichtige Produktionspolitik über die „Leute“ hinwegsetzen muß, die „um eigenen Vorteils willen das Wohl der Allgemeinheit mit Füßen treten“. Es schreibt wörtlich:

„Nur von der Arbeiterschaft kann die gründliche Aenderung der Verhältnisse ausgehen, nur durch die Arbeiterschaft kann der Einfluß auf die Reichsregierung zum sofortigen starken Durchgreifen gegen Schiebertum und Preistreiberei erreicht werden, nur vor der Arbeiterschaft, die heute den größten Machtfaktor im Wirtschaftsleben darstellt, ist allenfalls noch Respekt oder Angst, wie man es nennen will, vorhanden. Dieser Bewegung schließt sich im Augenblick das gewaltige Heer der Angestellten und Beamten an, aber auch breite Schichten des ebenso bedrohten soliden Handels und der Industrie, also des Unternehmertums. Ein solcher Entschluß zur Mehrarbeit, zur gesteigerten Produktion und zum gesteigerten Export und der Besserung unserer Handelsbilanz und zugleich der Marktbesserung gäbe der Arbeiterschaft das unbestreitbare Recht zu einer furchtbaren Drohung an die Regierung und das gesamte Unternehmer- und Händlerium: Sofortige Umkehr von diesen skandalösen Preistreiberereien!“

Der Staat hat jetzt zu beweisen, ob er der großen neuen sozialen Aufgabe gewachsen ist und gemeinsam mit den organisierten Arbeitern eine Politik der Produktionshebung für das Gemeinwohl gegen ein hartnäckig widerstrebendes monopolistisches Unternehmertum zum Siege verhelfen will!

Die Teuerungsindezziffern des Reichs.

Von Dr. R. Kuczynski.
(Nachdruck verboten.)

„Der durchschnittliche Reallohn war in Deutschland Ende 1921 nur in 12 von insgesamt 27 Berufen höher als in der Zeit kurz vor dem Kriege.“ Das sollte nach Berichten in der Tagespresse das Ergebnis von „Feststellungen des Internationalen Arbeitsamts“ sein. Und in der Tat: Die einschlägige Veröffentlichung des Arbeitsamts über „die Bewegung der Löhne in verschiedenen Ländern von 1914 bis 1921“ enthält (französische Ausgabe, S. 49) eine Tabelle, aus der sich ein solches Ergebnis ableiten läßt. Der deutsche Leser aber greift sich an den Kopf und fragt: Nur in 12 von insgesamt 27 Berufen, also doch in fast der Hälfte aller Berufe war der durchschnittliche Reallohn in Deutschland Ende 1921 höher als in der Zeit kurz vor dem Kriege? Und aus lieber Gewohnheit wittert er hier eine französische Rache. Doch er irrt sich. Das Arbeitsamt hat die Nominallöhne ausschließlich deutschen Quellen entnommen, und es hat die Reallohne auf Grund der Teuerungsindezziffern des Statistischen Reichsamts errechnet.

Ich habe auf die Mängel dieser Indeziffern seit Jahr und Tag in Wort und Schrift hingewiesen und habe immer wieder betont: Die Reichsindezziffer muß die Teuerung geringer erscheinen lassen, als sie tatsächlich ist: 1. weil die vom Reichsamt nach den heutigen Lebensverhältnissen aufgestellte Normalration an Nahrungsmitteln vorzugsweise solche Waren berücksichtigt, die

jetzt billig sind; 2. weil den Berechnungen im allgemeinen für die Vorkriegszeit eine mittlere oder gute, für die Gegenwart die billigste Qualität zugrunde liegt; 3. weil in die Berechnungen nur Nahrungs-, Heizungs-, Beleuchtungsmittel und die Wohnungsmiete, nicht aber die Bekleidung und die übrigen lebensnotwendigen Ausgaben einbezogen sind. Wie wenig jedoch das hierfür zuständige Arbeitsministerium meiner Kritik Gehör schenkte, ergibt sich wohl am deutlichsten daraus, daß es noch im „Reichs-Arbeitsblatt“ vom 15. d. J. erklärte: „Für den Zweck, eine Bewegung der Teuerungskurve darzustellen, reicht“ die Reichsindezziffer, „auch bisher von Kuczynski unbestritten aus.“

Aber schon bevor das ahnungslose Ministerium diese kühne Behauptung aufstellte, hatte das Statistische Reichsamt in klarer Erkenntnis, daß die Reichsindezziffer für den Zweck, eine Bewegung der Teuerungskurve darzustellen, nicht ausreicht, den jedenfalls nicht nur von mir geäußerten Bedenken Rechnung zu tragen versucht, indem es zunächst die Teuerungszahlen für die Vorkriegszeit herabsetzte und für die Nachkriegszeit erhöhte, so daß z. B. die Reichsindezziffer für Dezember 1921 jetzt nicht mehr 1550, sondern 1746 lautet. Leider wurden diese Berichtigungen so spät vorgenommen, daß sie von dem Internationalen Arbeitsamt nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Andernfalls wären wenigstens einige von den zwölf Berufen, die für 1921 mit höheren Reallohnen erscheinen als für 1914, aus dieser Gruppe ausgeschieden. Das Statistische Reichsamt hat aber vom April d. J. ab auch die Bekleidung in seine Berichterstattung einbezogen, und da es bis zum Mai auch noch die unberichtigten Zahlen fortgeführt hat, liegen für April und Mai drei Reihen von Reichsindezziffern vor:

	April	Mai
Alte Methode ohne Bekleidung . .	2804	3043
Neue Methode ohne Bekleidung . .	3175	3462
Neue Methode mit Bekleidung . .	3436	3803

Die neue Methode mit Bekleidung weist also Zahlen auf, die im April um 23 Proz., im Mai um 25 Proz. höher sind als nach der alten Methode ohne Bekleidung. Bei Einbeziehung auch der übrigen unvermeidlichen Ausgaben, so insbesondere der Einkommensteuer, die bei Berechnung der Reichsindezziffer — im Gegensatz z. B. zu den Indeziffern des Statistischen Amts der Stadt Hannover und zu meinem „Existenzminimum“ — noch immer vernachlässigt wird, wäre der Unterschied gegenüber der „alten Methode ohne Bekleidung“ noch größer. Hätte das Statistische Reichsamt die von ihm in diesem Frühjahr vorgenommenen Berichtigungen und Ergänzungen und die von ihm leider noch immer nicht vorgenommenen Erweiterungen seiner Indeziffern rechtzeitig durchgeführt, so hätte das Internationale Arbeitsamt sicher fast keinen, vielleicht gar keinen Verursacher gehabt, in dem der durchschnittliche Reallohn in Deutschland 1921 höher war als in der Zeit vor dem Kriege. Von welchem Vorteil aber die rechtzeitige Bekanntgabe der vollen Wahrheit für uns gewesen wäre, kann am besten der ermeslen, der jetzt immer wieder von Ausländern hören muß, die auf amtlichem, deutschem Material fußende Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamts widerlege doch einwandfrei alle Klagen über die Notlage der deutschen Arbeiterschaft.

Die jetzige Berichterstattung des Statistischen Reichsamts bedeutet einen großen Fortschritt, aber sie ist immer noch unzureichend. Zunächst erscheinen die Ausgaben für Bekleidung nur in der Reichsindezziffer, sie fehlen aber in den Indeziffern für die einzelnen Städte. Die Indeziffer von Berlin lautet z. B. für Juni 3283. Wer nicht weiß, daß diese Indeziffer auf ganz unvollständigen Unterlagen beruht, wird annehmen, die Lebenshaltung sei hier im Juni nur 33mal so teuer gewesen wie vor dem Kriege. Nach meinen Berechnungen waren nun die Kosten des Existenzminimums in Berlin — wenn man sich auf die in der amtlichen Indeziffer berücksichtigten Bedürfnisse (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung) beschränkt — tatsächlich 33mal so hoch wie 1913/14. Bei Einbeziehung der Bekleidung ergibt sich aber eine Verteuerung auf das 40fache, bei Einbeziehung auch der anderen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgeld, Steuern usw.) eine Verteuerung auf das 42fache. Um gefährliche Mißverständnisse zu vermeiden, ist es also unbedingt erforderlich, daß das Statistische Reichsamt die Ausgaben für Bekleidung auch bei Berechnung der Indeziffern für die einzelnen Städte und darüber hinaus bei der Reichsindezziffer und ebenso bei den Indeziffern der einzelnen Städte auch die anderen lebensnotwendigen Ausgaben berücksichtigt.

Auf diesem Wege könnte auch ein Teil des Mißtrauens, das heute in weiten Kreisen der Bevölkerung gegen die Indeziffern des Statistischen Reichsamts herrscht, beseitigt werden. Volles Vertrauen würden sie allerdings erst dann erringen können, wenn endlich einmal neben den Endzahlen auch die Einzelzahlen ver-

öffentlich würden. Der Verdacht, daß bei Berechnung der Ziffern gelegentlich „gebremst“ wird — ein Verdacht, der durch die mißbräuchliche Verwendung dieser Ziffern seitens des Reichsarbeitsministers und durch das auffallend schwache Steigen der Ziffern von Juni bis August genährt wurde — ist tief eingekurzelt. Er wird auch durch das auffallend starke Steigen der Ziffern von August auf September nicht ganz entkräftet werden. Hier kann nur eins helfen: volle Wahrheit und volle Offenheit!

Die erweiterte Hilfe für Sozialrentner.

Von Friedrich Klees.

In den Reichsgesetzblättern vom 1. und 4. August 1922 ist nunmehr das Gesetz über die Bezüge von Sozialrentnern mit den nötigen Ausführungsbestimmungen veröffentlicht worden. Die erneuten Hilfsmahnahmen sollen beschleunigt durchgeführt werden. So haben die Gemeinden die Neufestsetzung der Unterstützungen, die sich aus den neuen Gesetzesvorschriften ergibt, besonders wie sie durch die beschränkte Anrechnung der Renten aus der Invalidenversicherung bedingt wird, spätestens bis zum 1. Oktober 1922 durchzuführen. Die neuen Bestimmungen können nur im Zusammenhang mit den vorausgegangenen verstanden werden.

Die Fürsorge soll deutschen (auch österreichischen) Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung auf Antrag zugute kommen. Es hat also jeder dieser Rentner einen ausdrücklichen Antrag bei der Gemeindeverwaltung seines Wohnortes zu stellen. Der Antrag kann auch durch einen Vertreter gestellt werden. Wer den Antrag nicht oder verspätet stellt, hat daher Nachteile zu gewärtigen, da auf mehr als drei Monate, vom Tage der Antragstellung an gerechnet, die Unterstützung nicht nachgezahlt werden darf. Das gilt natürlich auch für die Erhöhung der Bezüge.

Die Unterstützung soll nach den Umständen und im Höchstbetrage so bemessen werden, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 7200 Mk., einer Witwenrente von 5700 Mk., einer Waisenrente von 3200 Mk. erreicht. Bisher waren diese Sätze 4800, 3300, 200 Mk. Nun ist aber zu beachten, daß vom 1. August ab die Renten selbst, die aus den Mitteln der Versicherungsanstalten bezahlt werden, eine Erhöhung erfahren haben, und zwar die Invaliden-, Alters- und Witwenrenten um 200 Mk., die Waisenrenten um 100 Mk. monatlich. Hieraus ergibt sich also, daß die Erhöhung des Gesamtjahreseinkommens schon dadurch ausgeglichen oder erreicht wird, daß die Rentenerhöhung eingetreten ist.

Tropalldem ist eine Neuberechnung der Notstandsunterstützungen an die Rentenempfänger durch die Gemeinden vorzunehmen. Erstens ist der § 2a des Gesetzes vom 24. April 1922 gestrichen worden, wonach die Gesamtbezüge z. B. für einen Invalidenrentenempfänger grundsätzlich nach wie vor 3000 Mk. im Jahre betragen sollten und sie nur beim Vorliegen „ausgesonderter Umstände“ auf 4800 Mk., bei den anderen Rentenempfängern entsprechend, erhöht werden konnten. Was aber solche Umstände sind, war nicht gesagt, und so blieben sehr viele Gemeinden meist unter jener Höchstgrenze zurück. Nunmehr bringt das Gesetz mit viel größerer Bestimmtheit zum Ausdruck, daß der Höchstbetrag der Gesamtbezüge zu erreichen ist. Die Willkür der Gemeinden ist also eingeschränkt worden. In recht vielen Fällen müssen also aus diesen Gründen Erhöhungen der Notstandsunterstützungen eintreten.

Sodann enthält das neue Gesetz aber noch eine Verbesserung insofern, als bei der Berechnung des gesamten Jahreseinkommens die Rente immer nur mit einem bestimmten, ein für allemal feststehenden Betrage zur Anrechnung kommt, und zwar einem Betrage, der die Erhöhungen der Renten aus größerer Beitragsmantenzahl und höheren Lohnklassen (Steigerungssätze) unberücksichtigt läßt. Darüber hinausgehende Rentenbeträge werden nicht berücksichtigt, so daß die in Betracht kommenden anrechenbaren Rentenbezüge niedriger, die Notstandsunterstützungen höher werden. Außerdem wird dadurch die gesamte Verwaltungsarbeit, Uebersichtlichkeit und Kontrolle vereinfacht. Jede Normal-Rentenbeträge sind festgesetzt auf 2400 Mk. für Invaliden- und Altersrenten, 3200 Mk. für Witwenrenten und 1600 Mk. für Waisenrenten. An Witwen, die eine Rente aus der Angestelltenversicherung erhalten, wird die Unterstützung nur gezahlt, wenn sie invalide im Sinne der Invalidenversicherung sind.

Die sonstigen Einkünfte sind im wesentlichen dieselben geblieben. Bei den Rentenempfängern Kinder unter 15 Jahren, die nicht selbst eine Rente beziehen, so erhöht sich die für das Gesamtjahreseinkommen anzurechnende Grenze um 600 Mk. für jedes Kind. Für das vierte und jedes weitere Kind beträgt diese Erhöhung 600 Mk. Diese Beträge können unter allen Umständen aufgebessert werden und sind ganz

unzulänglich. Elternlose Enkel unter 15 Jahren, deren Unterhalt der Rentenempfänger überwiegend bestreitet, werden den Kindern gleichgestellt. Bei Berechnung des Gesamtjahreseinkommens bleibt das Arbeitseinkommen der Rentenempfänger bis zum Jahresbetrage von 4000 Mk. außer Anschlag. Bis zum Betrage von 1200 Mk. insgesamt sind auf das Gesamtjahreseinkommen nicht anzurechnen Bezüge aus der Militärversorgung, aus der Knappschaftlichen Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmungen, aus privaten Unterstützungsleistungen sowie aus Sparguthaben. Bestehen geblieben ist die den Hinterbliebenen nachteilige Einrichtung, daß deren Bezüge hierbei zusammenzurechnen sind. Unterstützungen, die von der privaten Wohlfahrtspflege gewährt werden, sind nicht zum Einkommen zu rechnen.

Eine Härte ist es, wenn bestehen geblieben ist, daß gesetzliche Unterhaltsansprüche, z. B. von Eltern an Kinder, zu berücksichtigen sind. Sie sind bei Berechnung des anzurechnenden Einkommens nicht nur zu berücksichtigen, soweit sie tatsächlich erfüllt sind, sondern bereits, soweit sie nach der Ueberzeugung der die Unterstützung entscheidenden Stelle von dem Unterhaltspflichtigen erfüllt werden können. Bedenkt man, daß der preussische Wohlfahrtsminister hierzu bestimmt hat, daß die Unterhaltspflichtigen soweit herangezogen werden können, daß ihnen nicht mehr Einkommen verbleibt, als die Sätze der Erwerbslosenunterstützung angeben, so würde in sehr vielen Fällen nicht viel Rentenzulage herauspringen. Zum Glück haben aber hier die Gemeinden einige Bewegungsfreiheit, und es ist zu hoffen, daß sie die Bestimmung recht wohlwollend handhaben. Auf keinen Fall darf solche Unterstützung angerechnet werden, die über die gesetzliche Unterhaltspflicht oder die vertraglich übernommenen Verpflichtungen hinausgeht.

Die Gemeinde hat die Höhe der Unterstützung tunlichst unter Zuziehung von Personen aus den Kreisen der Versicherten oder der Rentenempfänger festzusetzen. Meist ist ein Ausschuß eingesetzt, der diese Arbeiten besorgt. Gegen die Ablehnung oder die ungenügende Festsetzung der Unterstützung ist Beschwerde an die Aufsichtsbehörde zulässig. Als solche kommt bei den kleineren Gemeinden der Landrat, im übrigen der Regierungspräsident in Frage. Die Aufsichtsbehörde entscheidet endgültig. Die Unterstützung wird von der Gemeinde des Wohnortes in monatlichen oder wöchentlichen Teilbeträgen im voraus gezahlt. Gewährte Armenunterstützung kann auch bei der erstmaligen Auszahlung der Beihilfen angerechnet und gekürzt werden, sonst ist das unzulässig. Befindet sich der Rentenempfänger in einer Anstalt (Invalidenheim, Hospital usw.), wo er Verpflegung erhält, so kann die Anstalt bis zu dreiviertel der Gesamtbezüge erhalten. Das Reich ersetzt den Gemeinden achtzig von Hundert der von ihnen verauslagten Unterstützungsbeträge.

Das Gesetz mag noch Lücken haben und unzulänglich sein. Als Ganzes ist es aber zu begrüßen. Es zeugt von den sozialen Bestrebungen der Republik. Das Sowjetrußland denkt nicht an solche Maßnahmen und läßt die Armen an Hunger sterben.

Gründung einer deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Am 21. September 1922 fand sich in der Universität Leipzig ein Kreis von Personen, zusammengesetzt aus Gelehrten, Ärzten, Hygienikern, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammen, um eine Gesellschaft zu gründen zu dem Zwecke, die Schädigungen und Gesundheitsstörungen, denen der Arbeiter bei Ausübung seines Berufes ausgesetzt ist, zu studieren und zu bekämpfen. Im Auftrag unseres Verbandsvorstandes nahm der Unterzeichnete an dieser Beratung teil.

Herr Professor Dr. Burgmann begrüßte die Erschienenen und gab das Wort zunächst dem Hygieniker Geheimrat Professor Dr. R. B. Lehmann, der einen geschichtlichen Ueberblick über das bis zur Stunde Geschehene den Anwesenden bot. Er führte etwa folgendes aus:

Die Gewerbehygiene ist der älteste Zweig der Hygiene. Schon vor 100 Jahren hat ein Italiener, Professor Ramacini, ein Buch darüber der Öffentlichkeit übergeben. Ein Teil dessen, was darin ausgeführt wurde, bietet auch heute noch der Wissenschaft Stoff, worauf sie aufzubauen in der Lage ist. Brennend wurde die Frage erst, seitdem durch die Einführung des Dampfes die Technik sich mehr und mehr verbesserte und Großbetriebe den handwerklichen Betrieb ablösten. Sehr bald machte es sich nötig, daß Ärzte und Hygieniker sich der dadurch geschaffenen Gefahren für Leben und Gesundheit des Arbeiters, besonders in der chemischen Industrie, annahmen und ihnen entgegenzuwirken suchten. In weicher, unbegreiflicher Weise teilweise bis in die neueren Zeit hinein mit den giftigsten Stoffen umgegangen wurde, verstand der Vortragende an

der Hand von Beispielen darzulegen. Es ist ja vieles besser geworden. Die Wissenschaft und der Staat, sich auf erstere stützend, haben auf gesetzgeberischem Wege vielerlei Schutzmaßnahmen und Vorrichtungen erzwungen. Aber die besten Einrichtungen können ihren Zweck nicht erfüllen, wenn sie von demjenigen, denen sie dienen sollen, ungenügend beachtet, ja sogar beiseite geschoben werden. Sowohl dem Arbeitgeber als auch dem Arbeitnehmer seien Vorwürfe nicht zu ersparen. Neben vielen Betrieben, die die Kosten nicht scheuen, gibt es eine große Zahl andere, die nicht nur der Kostenfrage wegen, sondern auch um ihre Arbeiterschaft von diesen Fragen abzulenken, den untersuchenden Wissenschaftlern und Beamten Schwierigkeiten machen. Es werden aber vom Referenten auch der Arbeiterschaft die Vorwürfe nicht erspart, daß sie teils aus Bequemlichkeit und Trägheit, teils aus Unwissenheit die jetzt bestehenden Schutzvorschriften ungenügend beachtet. Als Mittel, dem entgegenzuwirken, bezeichnet der Referent Merkblätter, belehrende Vorträge, regelmäßige Artikel über diese Materie in der Arbeiterpresse und Kurse der Volkshochschule. Damit dem Wissenschaftler seine Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit erleichtert wird, fordert er die Ärzte, Betriebsräte, Vorarbeiter und Techniker auf, ihre Erfahrungen und Beobachtungen an geeignete Kreise weiterzuleiten. Als Hauptforderung, um wirksam arbeiten zu können, bezeichnet er eine gute Statistik. Dieselbe ist aber nicht herzustellen, wenn nicht fortgesetzt die denkbar engste Fühlung zwischen den Betrieben und dem Forscher besteht. Er weist hierbei darauf hin, daß leider eine Anzahl Arbeitgeber dadurch eine Aushebung ihrer Arbeiterschaft befürchtet, und wenn sie auch diese Tätigkeit nicht verhindert, ihr doch zum mindesten gleichgültig gegenüber steht.

An bildlichen und graphischen Darstellungen, besonders der chemischen Industrie entnommen, war zu erkennen, in welcher Weise die Wissenschaft den Gefahren zu Leibe rücken will. Die entstehenden Unkosten würden bei starker Beteiligung an dieser Neugründung auf breitere Schultern gelegt und die Möglichkeit bieten, eine größere Lebhaftigkeit in die Forschungen zu tragen.

Hatte der Referent sich bei seinen bisherigen Ausführungen besonders auf die chemische Industrie bezogen, so kam er im weiteren auch auf die Gefahren anderer Industrien zu sprechen. Er wies hin auf die Schädigungen, die durch Schall, Röntgen- und ultra-violette Strahlen, Hitze und Verbrennung entstehen. Auch die Staubgefahr wurde in seinen Ausführungen gewürdigt.

Zum Schluß kam er auf die Wirkung der Arbeit auf den Arbeiter im allgemeinen zu sprechen. In diesem Zusammenhange zitierte er Taylor, „Studien des menschlichen Organismus, den Wirkungsgrad der Arbeit auf denselben“. Ist es angebracht, daß die Arbeitszeit für alle Arbeiten die gleiche sei? Er gibt der Auffassung Raum, daß das letztere nicht zutrefte, aber auch dem System des amerikanischen Ingenieurs kann er keine Zustimmung zollen. Bei direkter Befragung der Arbeiter über ihre Empfindungen bei der Arbeit sind ihm die verschiedensten Antworten zuteil geworden. Er streift im weiteren noch das Ermüdungsproblem und die Lehre vom Rhythmus der Arbeit, welche in neuerer Zeit von vielen einer Untersuchung unterworfen wurde.

Um den Arbeitenden und der Allgemeinheit zu helfen, sei es notwendig, daß alle Interessenten Hand ans Werk legen. Ohne Kampf geht es nicht, der Kampf muß aber objektiv geführt werden. Nur gesunde Arbeiter können eine gesunde Industrie gewährleisten, ist die Quintessenz seiner Ausführungen, die mit starkem Beifall belohnt werden.

Der Einberufer, Herr Professor Dr. Burgmann, kommt nun auf die Aufgaben der zu gründenden Gesellschaft zu sprechen. Es entstehen zwei Fragen: Soll das in Frankfurt bestehende Institut für Gewerbehygiene als Mitglied der Gesellschaft beitreten oder von ihr übernommen werden? Herr Professor Dr. Stein, der Vorsteher dieses Instituts, trägt der Versammlung die Arbeit, die dieses bisher geleistet hat und im Nichtverschmelzungsfalle selbstverständlich weiter leisten würde, vor. Es besitzt in Frankfurt am Main wertvolle Sammlungen sowohl von Präparaten als auch Statistiken, Büchern und Zeitschriften und steht in engster Verbindung mit der Praxis. Es genießt auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite volles Vertrauen. Ein anderer Herr bezweifelt, daß dieses Institut von der Großindustrie finanziell abhängig sei, dessen Unvoreingenommenheit. Er führt als Beispiel an, daß die chemische Industrie einem Wissenschaftler ihr unangenehme Forschungen mit Hilfe der Regierung unmöglich machen wollte. Von dem Herrn, einem Berliner Gewerbeaufsichtsarzt, wird darauf hingewiesen, daß ja auch die ehemalige Kaiser Wilhelm-Akademie in Berlin zu einem Institut für Arbeitsforschung umgewandelt werden sollte, und es aus diesem Grunde zu überlegen sei, ob eine zu enge Verbindung mit Frankfurt am Main ist.

Von einem weiteren Redner wird im Vorstand ein Vertreter der Krankenkassen, der Arbeitsnachweise und der berufsbeschädigten Arbeiter vernimmt. Auch er betont die unumgängliche Notwendigkeit einer paritätischen Grundlage, bezweifelt aber, daß schon heute die Möglichkeit für bindende Beschlüsse gegeben sei.

Die Herren Professor Dr. Stein und Verbandsangestellter Haupt vom Fabrikarbeiterverband zerstören die Befürchtungen, daß das Frankfurter Institut der Großindustrie verpflichtet sei. Der zweite Redner erklärt der Versammlung, daß man von seiner Organisation dem Institut anfänglich sehr mißtraulich gegenüber stand, dessen Inanspruchnahme habe ihnen aber gezeigt, daß es durchaus unparteiisch verfähre. Ein Vertreter der Pharmakologen bittet, seiner Fakultät einen Vorstandssitz einzuräumen.

Noch mancherlei Wünsche werden von verschiedenen Seiten geäußert. Nachdem der Vorsitzende die aufgetauchten Bedenken zu zerstreuen vermochte, wird einem Geschäftsordnungsantrage, der dahin ging, für heute nur festzustellen, daß man einmütig die Gründung der Gesellschaft für Deutsche Gewerbehygiene begrüße, angenommen. Desgleichen werden die Wünsche der Krankenkassen und Pharmakologen berücksichtigt. Dem so erweiterten Ausschusse wird der Auftrag erteilt, neue Richtlinien, die der Debatte Rechnung tragen, zu schaffen, im besonderen zu prüfen, in welchem Verhältnis das Frankfurter Institut für Gewerbehygiene und die Kaiser Wilhelm-Akademie in Berlin zur Gesellschaft treten sollen. Nachdem Herr Professor Dr. Burgmann die Gründung der Gesellschaft konstituiert hatte, schließt er die erste Veranstaltung mit Worten des Dankes an die Erschienenen und an den Ausschuss, der Hoffnung Ausdruck gebend, daß die Arbeit zum Wohle unseres Volkes dienen möge. Paul Miertzschle, Dresden.

Steuerfreie Beträge der Einkommensteuer.

Vielfach bestehen noch Unklarheiten über die ab 1. August 1922 geltenden steuerfreien Beträge bei der Einkommensteuer. Wir bringen zur genaueren Uebersicht noch einmal die Zusammenstellungen:

Familienverhältnis	Steuerfreier Betrag ab 1. August 1922						
	jährlich	vierteljährlich	monatlich	halbmonatlich	wöchentlich	täglich	für zwei Stunden
ledig (verw.) ohne Kind . . .	1560	390	130	65	31,20	5,20	1,30
verheiratet ohne Kind . . .	2040	510	170	85	40,80	6,80	1,70
verwitwet mit 1 Kind . . .	2520	630	210	105	50,40	8,40	2,10
verheiratet " 1 " . . .	3000	750	250	125	60,—	10,—	2,50
verwitwet " 2 Kind. . .	3480	870	290	145	69,60	11,60	2,90
verheiratet " 2 " . . .	3960	990	330	165	79,20	13,20	3,30
verwitwet " 3 " . . .	4440	1110	370	185	88,80	14,80	3,70
verheiratet " 3 " . . .	4920	1230	410	205	98,40	16,40	4,10
verwitwet " 4 " . . .	5400	1350	450	225	108,—	18,—	4,50
verheiratet " 4 " . . .	5880	1470	490	245	117,60	19,60	4,90
verwitwet " 5 " . . .	6360	1590	530	265	127,20	21,20	5,30
verheiratet " 5 " . . .	6840	1710	570	285	136,80	22,80	5,70
verwitwet " 6 " . . .	7320	1830	610	305	146,40	24,40	6,10
verheiratet " 6 " . . .	7800	1950	650	325	156,—	26,—	6,50
verwitwet " 7 " . . .	8280	2070	690	345	165,60	27,60	6,90
verheiratet " 7 " . . .	8760	2190	730	365	175,20	29,20	7,30
verwitwet " 8 " . . .	9240	2310	770	385	184,80	30,80	7,70
verheiratet " 8 " . . .	9720	2430	810	405	194,40	32,40	8,10
verwitwet " 9 " . . .	10200	2550	850	425	204,—	34,—	8,50
verheiratet " 9 " . . .	10680	2670	890	445	213,60	35,80	8,90
verwitwet " 10 " . . .	11160	2790	930	465	223,20	37,20	9,30
verheiratet " 10 " . . .	11640	2910	970	485	232,80	38,80	9,70
verwitwet " 11 " . . .	12120	3060	1010	505	242,40	40,40	10,10
verheiratet " 11 " . . .	12600	3150	1050	525	252,—	42,—	10,50

Ein Beispiel: Ein verheirateter Arbeiter mit drei Kindern hatte laut Steuerbuch seither 2100 Mark an Steuern frei. Diesem Betrage entspricht nach der neuen Novelle ein Betrag von 4920 Mark, es bleiben ihm also bei monatlicher Zahlung 410 Mark, bei wöchentlicher Zahlung 98,40 Mark steuerfrei. Angenommen, derselbe Arbeiter verdient wöchentlich 1800 Mark, dann wären 10 Prozent oder 180,— Mark Steuern zu bezahlen. Davon steuerfrei lt. Tabelle 98,40 Mark bleiben an Steuern zu zahlen bezw. zu fleben. 81,60 Mark abgerundet auf volle Mark nach unten 81 Mark.

Bei monatlicher Zahlung ist die Rechnung ebenso.

Mittellose Angehörige sind den Kindern gleichzustellen.

Ermäßigung der Einkommensteuer.

Auf Anregung des Vorstandes des ADGB ist dem Reichstag eine Novelle zum Einkommensteuergesetz in der Form eines Initiativantrages des Abgeordneten Müller-Franken und seiner Frak-

tion zugegangen. Der Einkommensteuertarif soll danach folgendermaßen festgesetzt werden:

Für die ersten 300 000 M. des steuerbaren Einkommens 10 v. H., für weitere 200 000 M. 15 v. H., für weitere 250 000 M. 20 v. H., für weitere 250 000 M. 25 v. H., für weitere 500 000 M. 35 v. H. Weiter in Staffeln von je 500 000 M. mit Steuerhöfen von 40, 45, 50 und 60 v. H.

Bei der Lohnsteuer soll nach dem Antrage in Zukunft der Abzug betragen: für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau monatlich 160 M., für jedes Kind 320 M., für die Werbungskosten 450 M.

Der neue Tarif soll bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 1922 Anwendung finden; die Neuregelung der Abzüge bei der Lohnsteuer soll nach dem Entwurf am 1. November in Kraft treten.

Nochmals Postgebühren-Erhöhung geplant.

Die ab 1. August eingetretene Gebührenerhöhung der Post entspricht in keiner Weise den gestiegenen Ausgaben; deshalb hat der Postminister dem Verkehrsbeirat seines Ministeriums Vorschläge für neue Gebührenerhöhung unterbreitet.

Danach sollen Postkarten im Ortsverkehr 3 M., im Fernverkehr 6 M. kosten. Briefe sollen im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 M., bis 100 Gramm 8 M., bis 250 Gramm 12 M. kosten; im Fernverkehr entsprechend 12, 18, 20 M. Die Drucksachengebühr wird für 25 Gramm auf 2 M., bis 1 Kilogramm auf 20 M. erhöht.

Die Päckchengelühr ist auf 24 M. vorgesehen. Die Versicherungsgelühr für Wertpakete und Wertbriefe soll 6 M., für je 1000 M. Wertangabe mindestens 10 M. betragen. Postanweisungen sollen kosten: bis 100 M. 10 M., bis 500 M. 16 M., bis 1000 M. 20 M., bis 2000 M. 24 M., bis 5000 M. 30 M., bis 10 000 M. 40 M.

Im Postscheckverkehr werden die Gebühren auf die Hälfte der Postanweisungsgebühren festgesetzt. Bei Telegrammen soll künftig ohne Rücksicht auf die Entfernung eine Grundgebühr von 20 M. and daneben eine Wortgebühr von 10 M. erhoben werden; dafür fällt die Mindestgebühr fort. Die Fernspreckgebühren sollen das Doppelte der jetzigen Gebühren, einschließlich der Fernerungszuschläge, betragen. Die Erhöhung für die laufenden Gebühren soll mit Wirkung vom 1. Januar 1923, für die Einzelgebühren mit Wirkung ab 1. Dezember 1922 in Kraft treten.

Von der Porzellanindustrie.

Die keramische Industrie im September. Nach den Zusammenstellungen des Reichsarbeitsamtes wird zusammenfassend über den Stand der Arbeitslage in der keramischen Industrie im „Reichsarbeitsblatt“ berichtet: Die keramische Industrie blieb im allgemeinen von dem Konjunkturrückgang noch verschont, doch zeigt auch hier das Nachlassen des Auftragsumfanges teilweise stärker ein, so daß die Ausichten getrübt erscheinen. Der Mangel an Roh- (Kobalt) und vor allem an Brennstoffen hat wieder häufiger zu Klagen geführt und teilweise auch Einschränkung oder Stöckung in der Erzeugung zur Folge gehabt; der Abfall wurde durch schlechte Wagenstellung aufgehalten. Unter der allgemeinen Verteuerung mußte auch die keramische Industrie mit den Preisen der Erzeugnisse, besonders angesichts der erhöhten Löhne, Materialpreise, Frachten usw., in die Höhe gehen. Bei der andauernden Marktentwertung wird die Zufuhr ausländischer Rohle und Rohstoffe immer schwieriger. Auf dem Arbeitsmarkt scheint es hier und da bereits zu Entlassungen (Sachsen-Anhalt und Thüringen) wegen Arbeits- und Rohstoffmangels in geringerem Ausmaße gekommen zu sein. Gute Wirkung in geschäftlicher Beziehung dürfte die gesamte keramische Industrie die vorzüglich eingeleitete und durchgeführte Jahreschau deutscher Arbeit in Dresden gehabt haben, die Ende September zu Ende ging. Im einzelnen gilt folgendes: Die Porzellanfabriken, sowohl die Fabriken für Luxusporzellan und Spielwaren, wie auch für Gebrauchsgerätschaften, arbeiten im allgemeinen noch gut, vielmehr liegen noch große Reserven vor; im übrigen aber halten die Käufer und Abnehmer teilweise sehr zurück. Die elektrotechnische Porzellanindustrie in Schlesien scheint nach wie vor wenig befriedigend zu gehen, in Thüringen dagegen nach wie vor verhältnismäßig gut. — Die Feinsteinindustrie, ebenso die grobkeramische Industrie haben nach wie vor im allgemeinen noch reichlich zu tun; für Wandplatten besonders, und auch bei den Fabriken für Obamottelackelstein sind die Aufträge sehr stark. Brennstoff-, Wagen- und auch teilweiser Arbeitermangel werden häufig berichtet. Trotz des Nachlassens der Aufträge in manchen Bezirken gelten die Ausichten für diese Industrie im allgemeinen noch als günstig.

Isolatoren-Preisrückgang. Die Vereinigten Porzellan-Isolatoren-Werke, G. m. b. H. in Berlin (Hochspannungsisolatoren-Syndikat), haben ab 16. Oktober den zurzeit geltenden Feuerungspreiszuschlag von 1025 Proz. auf 1600 Proz. erhöht. Der neue Preis gilt bis zum 31. Oktober.

Spezialisierung in der russischen Porzellanindustrie. Englische Porzellanfabrikannten führen die Arbeit durch ihre Betriebe zu spezialisierteren Erzeugnissen, beschränken sich aber auf die Herstellung von Spezialgeräten und beschränken sich dabei in Formen und Mustern. Andere Fabriken machen nur einige hochwertige Leckerwaren in geschmackvollen Arten; weitere Betriebe wenden sich wieder anderen Gegenständen zu und versuchen das Schönste, Beste und Praktischste hervorzuheben. Durch diese Spezialisierung wird der Wettbewerb gewinnbringender, gute Qualitätsware erzielt und die Konkurrenz aus dem Felde geschlagen.

In Pacht genommen. Die Steingutfabrik Karl Untucht in Magdeburg wurde von der Annaburger Steingutfabrik - U.-G. auf 10 Jahre in Pacht genommen. Es ist soviel Auftragsbestand vorhanden, daß er die derzeitige Leistungsfähigkeit der Fabrik übersteigt.

Das sind Verdienste. Die Porzellanfabrik Königszell in Schlesien hat nach ihrer Geschäftsübersicht wieder ein glänzendes Jahr gehabt. Sie konnte 237 860 M. für das nächste Jahr vortragen, 62 088 M. abschreiben, für einen geplanten Tunnelofenbau ein Konto von 3,5 Mill. Mark anlegen und einen Reingewinn von 4,5 Mill. Mark verteilen. Für Werterhaltung wurden wie im Vorjahre 1 Mill. Mark und für den Dispositionsfonds 200 000 M. zurückgestellt, 30 Prozent Dividende kommen zur Verteilung, und wieder 100 Bonus auf das von 4 auf 5,5 Mill. Mark erhöhte Stammkapital, und 6 Proz. auf die mit 25 Proz. einbezahlten 1,5 Mill. Mark Vorzugsaktien. Nach verschiedenen Zuwendungen wurden noch 293 171 M. vorgetragen. Die Betriebsanlagen konnten nach dem Bericht besser ausgenutzt und damit der Umsatz besonders nach dem Ausland erhöht werden. Die Rohstoffversorgung war befriedigend. In der Bilanz sind die Kreditoren mit 12,47, die Debitoren mit 23,21, und die Vorräte mit 4 Mill. Mark angegeben. Das Werk hat Absatzgebiete erschlossen und erhofft eine gedeihliche Entwicklung.

Bermischtes.

Brand. Am 18. Oktober, nachmittags 3 Uhr, entstand in der Mäseühle der Porzellanfabrik Beh, Scherzer & Co., U.-G., Rehau, auf unaufgeklärte Weise ein Brand. Auf den Feueralarm hin war schnell Hilfe zur Stelle. Auch die Automobilspritze von Rehau trat sofort in Tätigkeit. Das Feuer wurde dank dem schnellen Eingreifen der Löschmannschaften der Automobilspritze und der Arbeiter genannter Firma nach ziemlich einer Stunde gedämpft. Aber trotzdem entstand ziemlicher Sachschaden. Wie weit der Brand Aussetzungen der Arbeiter zur Folge hat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Goldankauf durch das Reich. Die Reichsbank und die Post kauften in der Woche vom 15. bis 22. Oktober Gold zum Preise von 6500 M. für ein Zwanzigmarkstück und 3250 M. für ein Zehnmarkstück auf. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und die Post erfolgt ebenfalls unverändert bis auf weiteres zum 150fachen Betrag des Nennwertes. Aus den Zahlen läßt sich erkennen, wie gering die Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter sind und wie weit diese hinter den Sachwerten zurückbleiben. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen, die einstmals 2 bis 3 Zehnmarkstücke in der Woche verdienten, wären froh, wenn ihre Löhne heute wieder diese Höhe und damit ihre Kaufkraft erzielen würden.

An Zucker grenzend. Das werktätige Volk hat kaum die Mittel, sich eines der wichtigsten Lebensmittel, den Zucker, kaufen zu können, weil die Preise dafür fast unerschwinglich geworden sind. Die Zuckerrafinerien haben freie Hand, nach ihrem Gutdünken zu schalten und zu walten, sie diktieren und das Volk muß bezahlen. Das Geschäft ist erträglich. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat ihnen reichen Segen gebracht. Wie er zum Ausdruck kommt, das ergibt der Geschäftsbericht der Zuckerrafinerie Jülich Alexander Schoeller & Co., U.-G. Die Jahresübersicht ergab eine Erhöhung des Ertrages von 4,5 auf 21,1 Mill. M., und der verteilbare Ueberschuss ist von 0,8 auf 9 Mill. M. gestiegen. Es wird eine Dividende von 35 (i. V. 25) Proz. und außerdem ein Bonus von 350 M. (—) auf die Stammaktien ausgeschüttet. Ferner werden u. a. der Werterhaltungsrücklage 1,5 (0,1) Mill. Mark zugeführt. Auf neue Rechnung werden 2,2 (0,01) Mill. M. vorgetragen. Ueber die Ausichten schreibt die Verwaltung im Geschäftsbericht, daß es „unmöglich ist, unter den jetzigen wenig stabilen Verhältnissen darüber ein Urteil abzugeben. Zu begrüßen wäre es, wenn die Einigungsbestrebungen bezüglich Wiederaufrichtung der Zuckerrafinerie Erfolg hätten“. In der Bilanz sind Bankguthaben von 0,6 auf 6,1 Mill. M. und Schuldner von 0,03 auf 5,7 Mill. M. und andererseits Gläubiger von 0,04 auf 2,8 Mill. M. gestiegen.

Aus unserem Bereich.

Altenrat. Die Zahlstelle des Verbandes der Porzellanarbeiter hat die Stelle des Kassierers und Geschäftsführers durch das Mitglied Carl Koblitz besetzt. Allen Bewerbern besten Dank. Die Anstellungskommission.

25jähriges Bestehen. Die Kollegen und die Kolleginnen von Koblitz feierten am 14. Oktober das 25jährige Bestehen ihrer Zahlstelle. Ein Mitbegründer, der Kollege Pauli, hielt die Festrede und schilderte die Geschehnisse, die sich in den 25 Jahren gewerkschaftlicher Tätigkeit innerhalb der Zahlstelle vollzogen haben. Der Mitgliederstand ist in der Zeit auf 270 Mitglieder gestiegen. Den Grundstein legten seinerzeit die Kollegen: Freitag, Pauli, Ludwig, Mejer und Mazatka, als erste Verwaltung, denen sich eine

Anzahl Kollegen angeschlossen, von denen einige vom Festredner begrüßt werden konnten. Unter ihnen waren welche, die schon 30 bis 34 Jahre dem Verbands ihr Scherlein opfern. Ihre Namen sind: H. Paulil, S. Gärtner, A. Richter, W. Blümke, W. Drescher, H. Silliger, S. Schröder, A. Brauer, P. Täubner, Herlinger und Raschfleisch. Die Genannten können infolge ihres erwiesenen Opfermutes in gewerkschaftlicher Beziehung manchen Jungen als Vorbild dienen. Die Feier verlief in der besten Weise. Allen Mitwirkenden vielen Dank.

Versammlungsberichte.

Golblanter. Die am 8. Oktober stattgefundenen Zahlstellenversammlung nahm u. a. Kenntnis von der neuen Beitragskala, die in der Diskussion allgemein gutgeheißen wurde. Nur die Karenzzeit bei event. Unterstüßungsbezug wurde verworfen. Nach Ansicht der Versammelten könnte z. B. der Fall eintreten, daß bei einem Streik innerhalb steigender Beiträge nach der Beihmarktstufe die Unterstüßung gezahlt werde. Das ist eine Ungerechtigkei. Gemessen an den bisherigen Verhältnissen, war die 2wöchige Karenzzeit richtig, da doch die Beitragszahlung innerhalb der Karenzzeit nur in einer Stufe erfolgte, wöbungegen jetzt nach jedem Lohnabkommen ein anderer Beitrag in Frage kommt. Die Unterstüßung müßte nach Meinung der Versammlung nach dem vorherigen Beitragsatz gezahlt werden. Die Karenzzeit müßte eigentlich von einem Lohnabkommen zum anderen Geltung haben. Die Kollegen in den anderen Zahlstellen werden vielfach der gleichen Meinung sein. (Die Kollegen und Kolleginnen von Golblanter mögen beruhigt sein, der Hauptvorstand wird zu dieser Frage in seiner nächsten Sitzung Stellung nehmen und die Angelegenheit zur Zufriedenheit aller Mitglieder regeln. D. Red.)

Ohrdruf. Die am 11., 12. und 13. Oktober getagten Versammlungen der Zahlstelle Ohrdruf beschäftigten sich mit der neuen Beitragserhöhung. In allen Versammlungen fand folgende Resolution Annahme: Die am 11., 12. und 13. Oktober d. J. getagten Versammlungen der Zahlstelle Ohrdruf befassen sich u. a. mit der neuen Beitragserhöhung. Die Kollegen und Kolleginnen sehen wohl ein, daß sich eine Erhöhung der Beiträge unbedingt nötig macht. Unerreicht wird es befremdend auf die Kollegen und Kolleginnen, daß für die neuen Unterstüßungsätze eine 2wöchentliche Karenzzeit festgesetzt wurde. In anderen Verbänden besteht eine solch lange Karenzzeit nicht. Wenn diese Karenzzeit beibehalten wird, dann wird man zu dem Zustande kommen, daß ein Mitglied, ehe es nach den neuen Unterstüßungsätzen bezugsberechtigt wird, einen höheren Beitrag zahlt als die Unterstüßung pro Woche beträgt. Die Kollegen und Kolleginnen ersuchen deshalb den Hauptvorstand, bringend dafür Sorge zu tragen, daß dieser Beschluß schnellstens revidiert wird. Die Kollegen und Kolleginnen sind der Ansicht, daß eine Karenzzeit von vier Wochen vollkommen genügt. (Der Wunsch auf Verkürzung der Karenzzeit von vier Wochen ist unerfüllbar. 28 Wochen müssen bleiben. Es müssen doch erst Mittel angesammelt werden, ehe etwas ausgegeben werden kann. D. Red.)

Paffau. In der am 13. Oktober stattgefundenen Monatsversammlung wurde das neue Lohnabkommen behandelt. Wenn auch die Zeitlohnarbeiter bei den letzten Lohnabkommen etwas besser abgeschnitten haben wie sonst üblich, so können sie doch im allgemeinen mit der Lohnerhöhung im Verhältnis zu der Teuerung, wie sie in den letzten Wochen einsetzte, nicht zufrieden sein. Es ist doch feststehend, daß die Arbeiterchaft trotz der steigenden Löhne von Monat zu Monat immer mehr der Verelendung anheimfällt. Es war doch früher, als man nicht einmal soviel Hundert Mark verdiente als heute Tausende, ehe noch möglich, neben dem Lebensunterhalt sich auch noch andere Bedarfsartikel, wie: Kleidung, Schuhe usw. zu beschaffen; heute ist dies mit dem zahlenmäßigen Miesenverdienst völlig ausgeschlossen. Somit müssen die Lohnerhöhungen nur als ein kleines Almosen der Arbeitgeber angesehen werden.

Wegen der neuen Beitragserhöhung bestand die Auffassung, daß der Sprung von 10 Mk. auf einen Stundenlohn zu hoch sei und manchen von den Kollegen und Kolleginnen auf die Nerven gehen muß; es habe hier die Verbandsleitung verfahren, bei jeder Lohnerhöhung zugleich auch eine Beitragserhöhung eintreten zu lassen. Kollege Wleper bemerkte hierzu: Die Kollegen mögen sich nicht daran stoßen, dem Verband dürften die finanziellen Mittel nicht versagt werden. Dieses Opfer müsse gebracht werden. Lasse sich keiner beeinflussen durch die „Christlichen“, wenn diese über unsere Beiträge kritisieren und spotten, daß wir mit unseren hohen Beiträgen auch keine höheren Löhne und Rechte genießen, als sie mit ihren niedrigen Beiträgen und selbst diese niedrigen Beiträge nur mit Mühe und Not hereinbringen. Von solch einer niedrigen und beschränkten Gesinnungsart wollen wir uns doch nicht leiten lassen. Wir müssen auch Opfer bringen, indem wir dem Verband die Mittel zur Verfügung stellen, die er zum Kampf für eine Verbesserung der Lebenslage seiner Mitglieder braucht.

Hörsau. Die am 17. Oktober stattgefundenen Zahlstellenversammlung befaßte sich mit dem Lohnabkommen vom 8. Oktober. Die Mitglieder protestierten gegen den niedrigen Prozentzuschlag auf die Septemberlöhne. Da diese Löhne der Teuerung nicht entsprechen, hofft die Versammlung bei künftigen Lohnverhandlungen, solche Zugeständnisse abzulehnen. Auch wurde von den Kollegen kritisiert, daß bei dieser hohen Beitragsleistung die Unterstüßungsätze viel zu niedrig erscheinen. Vor allem wird beklagt, daß eine 2wöchige Karenzzeit zu hoch ist und immer wieder ein höherer Beitragsatz in Frage kommt. Die Mitglieder sind der Ansicht, daß, wenn ein erhöhter Beitrag geleistet ist, sofort der neue Satz in Kraft tritt. Nach Erledigung kleinerer Anfragen fand die schlecht besuchte Versammlung ihr Ende. (Den Mitgliedern sollte einleuchten, daß der Kassierer erst die Mittel haben muß, e. er die höheren Unterstüßungsätze auszahlen kann. Die Redaktion)

Selb-Blühberg. Die am 12. Oktober stattgefundenen Monatsversammlung befaßte sich auch mit dem letzten Lohnabkommen. Es

wird allgemein zum Ausdruck gebracht, daß die Zugeständnisse der Fabrikanten in keiner Weise zureichen, da die gegenwärtige Teuerungswelle diese Löhne längst überholt hat. Die diesige Arbeiterchaft fordert ganz entschieden, für die geleistete Arbeit eine Entlohnung zu erhalten, die sie in die Lage setzt, ein menschenwürdiges Dasein zu führen, und hofft, daß bei den nächsten Verhandlungen von unierer Tariffkommission dementsprechend gehandelt wird. Des weiteren wurden die neuen Beitragsätze besprochen. Die Höhe derselben wird anerkannt; nur entspricht die 2wöchentliche Karenzzeit den Mitgliebern nicht. Es wird beschlossen, an den Hauptvorstand das Ersuchen zu stellen, die Karenzzeit auf höchstens 13 Wochen herabzusetzen. Die anderen Zahlstellen werden gebeten, sich uns anzuschließen und beim Hauptvorstand deshalb vorstellig zu werden. In der heutigen Zeit sind die jetzt bestehenden Erwerbslosenunterstützungsätze ein Lohn für jeden, der von Arbeitslosigkeit oder Krankheit betroffen wird.

Spandau. In der Zahlstellenversammlung vom 16. Oktober wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Zahlstellenversammlung erhebt schärfsten Protest gegen das letzte, vom 7. bis 28. Oktober gültige Lohnabkommen. Es kann den Mitgliebern nicht zugemutet werden, bei einem derartigen Lohnabkommen, das eine Erhöhung von circa 10 Proz. vorsieht (15 Proz. auf den Augustlohn), um circa 400 bis 500 Proz. erhöhte Beiträge zu zahlen. Die Zahlstellenversammlung behält sich vor, bei nochmaliger Wiederholung eines derartigen Lohnabkommens und bei einer so bedeutenden Preissteigerung aller Waren darüber Bescheid zu lassen, ob die Mitglieder noch dann in der Lage sind, die Beiträge leisten zu können. (Wo bleibt denn da der Ruf: „Ein Stundenlohn wird als Verhandlungsbeitrag propfirt.“ D. Red.) Es ist für die Zahlstellenversammlung ein Rätsel, wie ein solches Lohnabkommen zustande kommen konnte. Verschiedene Lebensmittel sind seit einigen Tagen um 100 Proz. und noch mehr gestiegen, dazu kommen erhöhte Invaliden- und Krankenkassenbeiträge, 8fache Mierte, um 80 bis 100 Proz. erhöhte Kohlenpreise usw. Dabei stand in der Verhandlungszeit der Dollar auf rund 3000 gegenüber 1500 bei dem vorletzten Lohnabkommen. Wer gab nun die Garantie, daß während der kommenden drei Wochen der Dollarkurs nicht weiter stieg oder auf der Höhe von 3000 blieb? Es ist wohl unerhört, in einer derartigen Situation ein Lohnabkommen von solch geringer Höhe und langer Dauer zu unterzeichnen. Und dies kam zustande auf Grund „freier Vereinbarung“. Die Zahlstellenversammlung drückt ihr Befremden aus, daß, wenn das Angebot der Unternehmer nicht höher war, nicht versucht wurde, ein Schiedsgericht anzurufen. Es sind demnach nicht alle Mittel erschöpft worden, um zu einem besseren Ergebnis zu gelangen. Sollte die Arbeitergemeinschaft in Zukunft so aussehen, wo nicht mehr die Vernunft und die wirklichen Wirtschaftsverhältnisse, sondern nur das Diktat einer Partei maßgebend sein soll, dann verzichtet die Zahlstellenversammlung auf dieselbe.“

Ferner fordern die Lohnarbeiter und -arbeiterinnen einen besseren Ausgleich ihrer Löhne gegenüber den Akkordarbeitern, d. h. prozentuale Staffelung, ähnlich wie in den höheren Tarifen. Es ist einfach ein Unding, 60 bis 75 Proz. für Lohn- und Akkordarbeit festzusetzen; die Abstände sind dadurch ansinnig vergrößert worden. Die Lohnerhöhungen sollen für alle möglichst gleich sein. Die Teuerung betrifft alle, deshalb soll der Verband für alle eintreten. — Die Zahlstellenversammlung verlangt ferner: entweder Beseitigung der sozialen Zulage und Erhöhung der Löhne um 10 Proz. in besonderer Abmachung, oder Erhöhung der sozialen Zulagen wie in den anderen Verbänden. Es klingt wie Lohn, von einer sozialen Zulage bei den heutigen Zeiten in einer Höhe von 25 Mk. für die Frau, und 12 resp. 8 Mk. für ein Kind pro Woche zu sprechen. Die Zahlstellenversammlung fordert den Hauptvorstand auf, zukünftige Lohnabkommen nur auf die Dauer von 14 Tagen abzuschließen, weil die Wirtschaftsverhältnisse zu unsicher sind. Die Zahlstellenversammlung fordert vom 7. 10. bis 28. 10. eine nachträgliche Teuerungszulage. — Zum Schluß schließt sich die Zahlstellenversammlung der Resolution, Absatz 2, der Zahlstellenversammlung Berlin-Charlottenburg vom 20. Sept. an.“

An die Kassierer! Die statistische arane Karte für den Monat Oktober muß spätestens bis 3. November ausgefüllt an das Verbandsbureau eingeschickt werden.

Dank. Der Firma Th. Rednagel, Porzellanfabrik in Alexandrinenthal, sowie allen Kolleginnen und Kollegen darselbst, die mich während meiner und noch andauernden Krankheit durch freiwillige Spenden so reichlich unterstützt haben, sage ich hiermit herzlich Dank.
Gustav Berger, Ausschnider, Münchroden.

Sterbetafel.

Almenau. Oskar Schickel, Massemüller, geboren am 8. Juli 1883 in Unterpörlitz, gestorben am 2. Oktober an Magentrebs. Mitglied seit 1901.

Margarethenhütte. Marie Brankatsch, Gießerin, geboren am 15. Februar 1894 in Ratibor, gestorben am 12. Okt. an Herzschlag. Mitglied seit 1920.

Rheinsberg. Gustav Müller, Kohlarbeiter, geboren am 23. Januar 1890 zu Rheinsberg, gestorben am 27. September an Herz- und Nierenleiden. Mitglied seit 1920.

Spandau. Paul Wiczorek, Glühbrenner, geboren am 26. Januar 1893 in Charlottenburg, gestorben am 16. Oktober an Nierenleiden. Mitglied seit 1921.

Stanowitz. Oskar Gummich, Maler, geboren am 22. Februar 1898, gestorben am 11. Oktober an Hirnhautentzündung. Mitglied seit 1919.

Windisch-Eichenbach. Sebastian Rupp, Massemüller, geboren am 14. April 1868 zu Muraschleif, gestorben am 8. Oktober durch Herz. Mitglied seit 1918.

Eure ihrem Andenken!

Adressenänderungen.

Darmstadt. Vorsitzender: Karl Leutner, Maler, Moosbergstraße 44; Schriftführer: Emil Nisch, Schlosser, Wessungerstr. 118.
 Almenau. Kassierer und Geschäftsführer: Karl Robst, Wiesenweg 2.
 Leipzig. Revisor: Otto Rademacher, Kochstr. 27, II F für Wöhring.
 Neuhalbensleben. Revisor: Ewald Tech, Dreher, Jungfernstieg 49.
 Windisch-Eichenbach. Kassierer: Albert Kühler, Maler, Neubaus bei Windisch-Eichenbach.

Versammlungs-Anzeigen.

Ziefenfurt. Rahlstellenversammlung am Sonnabend, den 4. November, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Quittungen.

Für unser Mitglied Anna Reitler von Windisch-Eichenbach ginaen von den Rahlstellen ein: Die Kolleginnen von Sophienau 350,—; Annaburg 40,—; Althalbensleben 25,—; Arzberg 50,—; Auma 50,—; Berlin 30,—; Bonn a. Rh. 50,—; Brattendorf 50,—; Breslau 30,—; Burgau 20,—; Blankenhain 20,—; Brambach 15,—; Coburg 25,—; Golditz 20,—; Giesfeld 20,—; Elsterwerda 20,—; Elmshorn 50,—; Freiberg i. S. 50,—; Flörsheim a. M. 50,—; Frankfurt a. d. Ober 50,—; Fraureuth 50,—; Fürstenberg a. W. 60,—; Freital-Borschappel 30,—; Freienorla 20,—; Geringswalde 10,—; Grünstadt-Neuleiningen 50,—; Gräfenthal 30,—; Hennigsdorf 50,—; Kloster Weiskdorf 50,—; Kahla 20,—; König 30,—; Krummenaas 30,—; Meuselwitz 20,—; Margarethenhütte 50,—; Marktkeuthen 50,—; Magdeburg 50,—; Marktrebmitz 50,—; Mäbendorf 50,—; Moschendorf 40,—; Mannheim 15,—; Mitterteich 25,—; Neuhalbensleben 60,—; Oberfölgau 20,—; Preßlig (Oberfr.) 40,—; Plankenhain 30,—; Plassau 30,—; Rößlau 25,—; Rößlau 30,—; Rebau 50,—; Rauenstein 25,—; Roschütz 30,—; Steinbach a. Th. 50,—; Schwarzenbach a. d. S. 50,—; Schlierbach 50,—; Suhl i. Th. 30,—; Schirnding 25,—; Schney 10,—; Selb-Flößberg 50,—; Stadtlengsfeld 100,—; Teltow 60,—; Triptis 20,—; Ziefenfurt 20,—; Untertöbzig 50,—; Velten 35,—; Vohrenstrauß 30,—; Werdamm 10,—; Weiskwasser 50,—; Waldburg, Schles., 60,—; Walderhof 30,—; Wansiedel 30,—; Waldjassen 20,— Mk. Summa: 2915,— Mk. Die Sammlung ist geschlossen.

Die Verwaltung der Rahlstelle Windisch-Eichenbach.
 J. A.: Walter Bauer, Kassierer.

Arbeitsmarkt.

Rapsfeldreher

stellen sofort ein (47)
Stielgutfabrikanten Veltz-Bordamm G. m. b. H. (Abteilung Veltz).

Geübter Fondsprizer

gesucht. (49)
A.-G. Porzellanfabrik Rudolstadt, Rudolstadt (Thüringen).

Gelernter Gießer

für Gebrauchsgeschirr sofort gesucht. Lediger wegen Wohnungsmangel bevorzugt. (50)
Porzellanfabrik Kalt, Eisenberg (Thüringen).

Tüchtige Porzellanmaler und -malerinnen

gegen festen Lohn gesucht. (51)
Kämer, Jaques & Co., Dresden-A., Industriegebiet, Plantagestr.

Zwei Gießer, bewandert in Surusporzellan und Geschirr, suchen Arbeit, unter Umständen auch im Ausland. Angebote unter „E. D.“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Verheirateter Maler in Auf- und Unterglazur, bewandert im Spritzen, Glazieren und Schablonenschneiden, sucht Stellung, am liebsten in Berlin. Suchender war schon längere Zeit als Übermaler tätig. Offerten unter „E. B.“ an die Redaktion der „Ameise“.

Geübter Schriftlithograph sucht Stellung als Schriftmaler in größerer Porzellan- oder Steingutfabrik, eventuell Emailierwerk (Schilderfabrik). Der Suchende ist im Entwurf von Reklameführern aus bewandert und bis jetzt in der Branche als Maler und Lithograph tätig. Offerten unter „R. B.“ an die „Ameise“ erbeten.

Ich suche zum 1. d. nächsten Monats Eintritt

2 Schleifer

2 Brenner

1 Maler

Porzellanfabrik Wilhelm Lange, Neuhalbensleben.

Wir suchen per sofort einen tüchtigen

verantwortlichen Brenner.

Bewerbungsschreiben mit Zeugnisabschriften unter „R. 53“ an die Redaktion der „Ameise“.

Einige tüchtige Dreher

für dünne Lappen per sofort oder später gesucht.

Porzellanfabrik Hertel, Jakob & Co., Rebau. (48)

Zwei geübte Dreher für Grobgeschirr auf Subel, erste Kräfte, suchen Stellung. Angebote sind unter „R. B.“ an die Redaktion der „Ameise“ zu richten.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen — Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-A., Gerichtstr. 8, II.
 — Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse. —

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen

sowie alle Goldabfälle und Silberchlamm
 kauft ständig zu höchsten Tagespreisen

Kurt Rottmann

Stadtilm (Thüringen), Bahnhofstraße 1.

Goldhaltige Lappen — Nische — Schmiere

Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf., je nach Gehalt, bei größeren auch bedeutend mehr), überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold kauft die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Königsplatz 17.

Gold — Lappen — Abfälle

zahle allerhöchste Tagespreise. Poliergoldstücke à Gramm 600 Mk. und mehr, je nach Prozenzgehalt. Glanzgoldstücke 400 Mk.

— Eigene Schmelzanlage. — Sofort Kasse. —
 Andreas Meyer, Selb, Oberfr., Goldarbeiter.

Goldschmiere, goldhaltige Lappen, Nische, Flaschen und Pinsel kauft ständig bei reeller Bedienung zu höchsten Tagespreisen
Kurt Rottmann, Stadtilm in Thüringen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emil Theimer, Langewiesen b. Ilm., Thür.

Alles staunt über die hohen Preise, die ich für Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Pinsel, Flaschen zahle. Zahle für leere Glanzgoldflaschen mit Stöpsel 30—50 Pf., für leere Poliergoldflaschen mit Stöpsel, 10 Gramm, 50—100 Pf., je nach Inhalt. Bei den hohen Postgebühren will ich es meiner werten Kundenschaft ermöglichen, mir die Treue zu wahren, indem ich derselben die Gebühren zurückerstatte.
 Eine weitere Berücksichtigung erbittet

A. Langhammer, Wilkau b. Zwida, Sachsen.

Offertiere hierdurch zu Tagespreisen für Dreher Amocca, sowie Levantiner Glasur- und Garnierungsschwämme in allen Größen, das Stück von 50 bis 600 Mk.; große feinste glatte Philippiner Elefantenhorn, das Kilo mit 10 000 Mk.; Bierdelschwämme; weiche feine feinstgroße Reeschwämme, das Kilo, zirka 60 Stück enthaltend, 3200 Mk. (billig); hand- und feinstgroße Hardheadschwämme, mittlere und prima Qualität, besonders für Steinart; kleinere weiche feine echte Levantiner Schwämme, das Kilo 14 000 Mk. Versand in kleineren und größeren Posten.

H. Michelsohn, Schwammgroßhandl., Berlin S. 25, Prenzlauerstr. 42.

Emil Böhme, Goldscheide-Anstalt, Eisenberg i. Thür. (gegr. 1891), kauft sämtl. Goldabfälle, wie Glanzgold, Goldschmiere, Lappen, Nische, leere Glanz- und Poliergoldflaschen, Bruchgold und Bruchsilber. Zahle z. B. für Glanzgoldstücke 250 Mk. und mehr für 1 Gramm; für Poliergoldstücke 400 Mk. und mehr pro Gramm, je nach Goldprozentgehalt; alle übrigen Sachen die höchsten Kurspreise. — Aeltestes Geschäft dieser Art. — Streng reelle und pünktliche Bedienung. — Provisio gratis und franko. — Aufkäufer überall bei hoher Provision gesucht.

Exp. 1896. — Kass. Kass.	Gold, Platin und Silberabfälle aller Art  Kauf Preisliste	Gold-, Platin-, Silber- prosa auf Anfrage
--------------------------------------	--	--

Gold-Reste jeder Art

kauft

Dr. Max Heim, chem.-metall. Laboratorium
 Charlottenburg, Spandauer Str. 20
 zu höchsten Kurspreisen bei sofortiger Kasse.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
 Redaktion: Edwina Renninger, Charlottenburg, Könnenstr. 4.
 Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Könnenstr. 4.
 Druck von E. Janiszewski, Berlin S.O., Elisabeth-Platz 28/29.